

„Die neu und erstmals aufgeworfenen Sachverhalte im Offenen Brief des Personalrats zur internen Situation am Badischen Staatstheater nehmen wir ernst und werden uns damit auseinandersetzen. Die Art und Weise, daraus gleich eine öffentliche Debatte zu machen und die begleitenden Kampagnen in den Sozialen Medien über die Situation sind überaus irritierend. Sie hat in Teilen Kampagnencharakter. Da die neuen Vorwürfe anonym vorgetragen werden, ist die Faktenlage schwierig einzuschätzen.

Dieser Kampagnencharakter zerstört Vertrauen und erschwert eine konstruktive Lösung.

Unsere Verantwortung ist es, weiterhin alles dafür zu tun, am Badischen Staatstheater ein Klima des Miteinanders und des konstruktiven Streits zu stärken. Hierzu sind alle Beteiligte aufgerufen.

Wir schlagen daher dem Verwaltungsrat folgendes vor: Erstens werden wir den Kultureinrichtungen einen Vertrauensanwalt als Ansprechpartner für unlauteres Verhalten und Missstände zur Verfügung stellen;
zweitens werden wir Stellungnahmen zu den Vorwürfen von der Theaterleitung und dem Personalrat einfordern und zudem auf einer Personalversammlung das Gespräch suchen, um unsere Vorgehensweise zu erläutern; drittens wollen wir einen Prozess ‚Zukunft Badisches Staatstheater‘ mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen Bereichen des Badisches Staatstheater, aber auch der Politik, aufsetzen.“

Daraus folgt:

Sowohl die Theaterleitung muss zu den bekannt gewordenen Vorwürfen Stellung beziehen, desgleichen der Personalrat seine Behauptungen aus dem offenen Brief qualifizieren, quantifizieren und verifizieren. Der Persönlichkeitsschutz der Mitarbeiter*innen ist dabei zu wahren.

Die Vorwürfe gegen die Leitung des Hauses müssen überprüft und bewertet werden. Stadt und Land werden eine unabhängige Anlaufstelle anbieten, damit dort frühere oder aktuelle Missstände bei dieser neutralen Stelle hinterlegt werden können, damit so die erhobenen Vorwürfe verifiziert werden können. Die persönlichen Daten der Mitarbeiter*innen verbleiben bei dieser Anlaufstelle.

Die Vorsitzenden des Verwaltungsrats als Vertreter*in der Träger wollen schnellst möglichst nach der VR-Sitzung an einer Personalversammlung teilnehmen, um mit möglichst vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ins Gespräch zu kommen und das Vorgehen der Träger persönlich zu erläutern.

Der Verwaltungsrat des STAATSTHEATERS stimmt sich am 17. Juli 2020 zum weiteren Vorgehen ab und wird anschließend berichten.

Die Träger des BADISCHEN STAATSTHEATERS fordern den Personalrat und alle aktuellen Mitarbeiter*innen auf, die Gebote des Persönlichkeitsschutzes und der Verschwiegenheit wieder anzuerkennen und gemeinsam mit dem Verwaltungsrat an der Aufarbeitung und Beseitigung von Missständen zu arbeiten.

Karlsruhe/Stuttgart, 6. Juli 2020

Theresia Bauer
Frank Mentrup